Erklärung des Koordinationsrat am 7.9.2020, 17.48 auf seiner Internetseite <https://rada.vision>

In Anbetracht der brutalen Inhaftierungen von Aktivisten, Teilnehmern an friedlichen Aktionen und zufälligen Passanten, darunter Studenten, die Bewohner der Siedlung eines Traktorenwerks in Minsk, die Einwohner Grodnos, Mitarbeiter des OSVOD, Cafésbesucher und viele andere, zur Kenntnis nehmend, dass

am 07.09.2020 Maria Kolesnikova, Mitglied des Präsidiums des Koordinationsrates, der Pressesprecher Anton Rodnenkow und der Exekutivsekretär Iwan Krawtsow verschleppt wurden,

am 05.09.2020 Olga Kowalkowa, Mitglied des Präsidiums des Koordinationsrates, gewaltsam außer Landes verbracht wurde,

am 31.08.2020 ein Strafverfahren gegen Lilia Wlasowa, Mitglied des Präsidiums des Koordinationsrates, eingeleitet wurde,

am 24.08.2020 Sergej Dylewskij, Mitglied des Präsidiums des Koordinationsrates, festgenommen wurde und sich seitdem in Haft befindet,

sieht sich der Koordinationsrat gezwungen, die folgende Erklärung abzugeben:

Die friedlichen Aktionen, die nach dem 09.08.2020 auf dem gesamten Gebiet der Republik Belarus stattfinden und die Meinung der Mehrheit zum Ausdruck bringen, haben weite Teile der Bevölkerung erfasst, so dass die Behörden nunmehr offen Terrorismethoden einsetzen, um sie zu unterdrücken.

In dem Versuch, die Mehrheit einzuschüchtern und öffentliche Meinungsäußerungen zu unterbinden, werden Aktivisten von den Behörden mit demonstrativer Brutalität verfolgt und zufällige Bürger unter Einsatz besonderer Mittel verhaftet.

Es ist offensichtlich, dass all diese Methoden illegal sind und zu keinem anderen Ergebnis führen können als zu einer Verschärfung der Situation und einer Vertiefung der Krise.

Die friedlichen Protestaktionen entstehen dezentral und ohne Anführer. Terror gegen Demonstranten ist sinnlos. Die an den Aktionen beteiligten Menschen fürchten nicht so sehr die Gewalt, die ihnen persönlich von den Behörden droht, als vielmehr die Zukunft in einem unrechtmäßigen Staat, die sie und ihre Nächsten erwartet, wenn sich die Situation im Land nicht ändert und Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht wiederhergestellt werden.

Die Mitglieder des Koordinationsrates übermitteln heute dem Untersuchungsausschuss Erklärungen zu allen Fakten illegaler Handlungen, die von Strafverfolgungsbeamten am 6. September 2020 und anderen Tagen begangen wurden.

Besondere Aufmerksamkeit legt die Erklärung auf die Handlungen einer Gruppe unbekannter Personen am Abend [des 6.9.2020] in Minsk in der Nähe von Haus 3 in der Allee der Sieger. Diese Personen trugen weder Uniformen noch Abzeichen, bedeckten ihre Gesichter zur Verschleierung ihrer Identität mit Masken, stellten sich nicht vor und wiesen sich nicht aus, präsentierten jedoch offen verschiedene Waffen während einer friedlichen Aktion und setzten ohne Ankündigung spezielle Methoden ein und verprügelten Bürger. Ausgehend von der Aussage der Pressesprecherin des Innenministeriums O.W. Tschomodanowa handelte es sich bei diesen Personen um Angehörige der Sicherheitsorgane. Die Leitung des Einsatzes oblag Polizeioberst N. N. Karpenkov, dem Leiter der

Hauptabteilung des Innenministeriums für die Bekämpfung des Organisierten Verbrechens und der Korruption (GUBOPiK), der persönlich die Glastür des Cafés O'Petit zertrümmert hat.

Der Einsatz von spezieller Ausrüstung und Gewalt gegen Teilnehmer friedlicher Protestaktionen sowie gegen umstehende Personen, gegen Personen, die keinen Widerstand leisten und sogar gegen jene, die auf dem Boden liegen, um friedliche Absichten zu demonstrieren, stellt einen Macht- oder Amtsmissbrauch dar (Artikel 426 des belarussischen Strafgesetzbuchs).

Wir halten es für wichtig aufzuklären, zu welchem Zweck die strafrechtlichen Anordnungen erlassen wurden – um die zivile Haltung zu bestrafen, um die Bevölkerung einzuschüchtern oder um rechtswidrige Reaktionen zu provozieren: In Abhängigkeit von dem Ziel entsteht zusätzliche Verantwortung.

Wir glauben, dass eine Person, die, in offizieller Eigenschaft und mit dem Ziel der Sanktionierung politischer Ansichten, anderen Gewalt und Leid zufügt, zusätzliche Verantwortung gemäß Artikel 128 des Strafgesetzbuchs der Republik Belarus (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) auf sich zieht.

Wird Gewalt mit dem Ziel ausgeübt, den Bürger einzuschüchtern und zu nötigen, seine politischen oder sozialen Aktivitäten aufzugeben oder um die Bevölkerung einzuschüchtern, und gehen solche Handlungen mit einer Bedrohung für die Menschen oder der Gefahr schwerwiegender Folgen einher, können diese Handlungen zusätzlich als Terrorakte eingestuft werden (Artikel 289 des Strafgesetzbuchs der Republik Belarus).

Wenn Angehörige der Sicherheitsbehörden ungerechtfertigte Gewalt anwenden, um friedliche Demonstranten zu Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren und so den späteren Einsatz von Waffen zu rechtfertigen, können diese Maßnahmen zusätzlich als Versuch erachtet werden, sozialen Hass anzufachen (Artikel 130 des Strafgesetzbuchs).

Der Koordinationsrat stellt fest, dass alle Handlungen von Personen in offizieller Funktion, die mit der Anwendung von Gewalt einhergehen und auf die Unterdrückung der politischen und öffentlichen Aktivitäten der Bürger abzielen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind, die nicht verjähren und strafrechtlich weltweit verfolgt werden. Der Koordinationsrat stellt fest, dass die Vollstreckung einer offenkundig verbrecherischen Anordnung den Vollstrecker nicht von der Haftung befreit, die Nichtbefolgung einer offenkundig verbrecherischen Anordnung hingegen rechtmäßig ist.

Der Koordinationsrat fordert die Behörden zum wiederholten Male auf, das Offensichtliche anzuerkennen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und zur Wiederherstellung des Status der Republik Belarus als demokratischer Staat zu ergreifen.

Für die Überwindung der Krise und die Demonstration erster Schritte gemäß den Anforderungen, die der Koordinationsrat formuliert, sind unverzüglich die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Einleitung und Gewährleistung der Untersuchung von Straftaten, die seit dem 09.08.2020 gegen die Teilnehmer friedlicher Protestaktionen begangen wurden, einschließlich der Suche nach jenen Personen, die seit dem 09.08.2020 massenweise verschwunden sind. Es ist sicherzustellen, dass der Öffentlichkeit täglich objektive Informationen über den Fortgang der Untersuchung übermittelt werden.

2. Die Veröffentlichung zuverlässiger Informationen zu den Abstimmungsergebnissen vom 09.08.2020 für jedes Wahllokal. Die Überprüfung von Indizien auf einen Verstoß gemäß Art. 19 des Strafgesetzbuches, aller festgehaltenen Fakten der Verletzung des Wahlprozesses,

insbesondere, aber nicht ausschließlich der offenbaren und dokumentierten Fälschung von Stimmzahlen, der Zusammenstellung absichtlich gefälschter Dokumente von Wahlergebnissen, wozu die Mitglieder von Wahlkommissionen von Vertretern staatlicher Behörden und der Verwaltung gezwungen wurden.

3. Die Beendigung der politischen Repressionen und gemäß Prozessordnung die Prüfung der Frage nach der Aufhebung oder Änderung von Sicherheitsmaßnahmen bei laufenden Verfahren strafrechtlicher Fällen von Massenunruhen, kollektiven Verletzungen der öffentlichen Ordnung, bezogen auf alle einschlägig Beschuldigten, die seit dem 10.05.2020 bis heute inhaftiert sind, auch in Hinblick auf Viktor Babariko, Sergej Tichanowskij und andere, die als politische Gefangene anerkannt sind (<http://spring96.org/be/news/49510>).

Die Freilassung aller illegal inhaftierten Teilnehmer friedlicher Protestaktionen und jener Personen, die aufgrund ihrer Teilnahme an friedlichen Protestaktionen in Haft genommen wurden.

4. Die Beendigung der Repressionen gegen die Mitglieder des Koordinationsrates. Die Gewährleistung der sofortigen Freilassung von Maria Kolesnikova, Lilia Wlasowa, Andrej Jegorow, Anton Rodnenkow und Iwan Krawtsow, außerdem die Bestätigung der Möglichkeit und die Zusicherung von Garantien für die freie Rückkehr von Olga Kowalkowa, Pawel Latuschko und Swetlana Tichanowskaja nach Belarus.

Der Koordinationsrat fordert die Bürger auf, nicht auf Provokationen einzugehen, nicht mit Gewalt auf Gewalt zu reagieren und sämtliche Kriminellen ausschließlich gesetzlich zur Verantwortung zu ziehen.

Übersetzung: Janika Rüter, 08.09. 2020